

GESUNDHEITSPOLITIK

Fax aus Bayern sorgt für Ärger

Bayerns Hausärzteschef kritisiert, dass einige Kollegen KVen mit Vertragsverhandlungen beauftragen.

7

Sonderurlaub für Nichtraucher

Angestellte des Klinikkonzerns Helios erhalten einen Tag Sonderurlaub pro Jahr, wenn sie nicht rauchen.

7

MEDIZIN

Depressive haben oft Schmerzen

Haben Patienten mit Depressionen auch Schmerzen, profitieren sie von modernen Antidepressiva.

10

„Gesünder unter 7“ klärt auf



Die Diabetes-Aufklärungskampagne „Gesünder unter 7“ tourt wieder durch Deutschland.

11

WIRTSCHAFT

Chancen im Ausland

Nach jahrelanger Zurückhaltung wirbt die Schweiz jetzt intensiv um Mediziner aus Deutschland.

16

PANORAMA

Ausflug ins Weltall



Der bekannte britische Physiker Stephen Hawking bereitet sich mit einem Parabelflug auf einen geplanten Trip ins Weltall vor.

20

ÄRZTE-ZEITUNG Postfach 20 02 51
Verlagsges. 63077 Offenbach

Leser-
Tel.: (06102) 5060
Fax: (06102) 5061 23
Redakt.
Tel.: info@aerztezeitung.de
Fax: (06102) 58071 d: www.aerztezeitung.de
(06102) 58740 Passwort: arztonline

unter Ärzten noch stärker publik gemacht werden.

Hoppe hofft, dass der Druck der Ärzte auf politische Entscheider bei der aktuellen Debatte um Patientenverfügungen verstärkt werden kann. Kernbotschaft der BÄK: Patientenverfügungen sind bereits heute gültig, Krankheitsverläufe sind immer individuell und lassen sich nicht gesetzlich regeln, es gibt also keinen Grund für Veränderungen.

Der Präsident des Internistenkongresses Professor Wolfgang Hiddemann aus München warnte

Weiterbildung – KBV gegen Pläne der Ärztekammer

BERLIN (vdb). Zwischen Bundesärztekammer und KBV scheint sich ein Streit über die beabsichtigte Änderung der Weiterbildungsordnung in der Inneren Medizin anzubahnen. KBV-Vorstand Ulrich Weigeldt sprach sich am Freitag gegen eine weitere Auffächerung der Weiterbildung aus: „Bei dem sich abzeichnenden Hausärztemangel wäre die Einführung eines allgemeinen internistischen Weiterbildungsanges für die stationäre Versorgung das falsche Signal.“ Die Tätigkeit des internistischen Generalisten in Kliniken könne auch von Kollegen für Innere und Allgemeinmedizin abgedeckt werden, so der KBV-Vorstand weiter. Weigeldt reagiert damit auf das Vorhaben der Bundesärztekammer, beim 110. Deutschen Ärztetag über die Wiedereinführung des Internisten ohne Schwerpunkt zu diskutieren. Begründung: Die EU verlange eine klare Regelung (wir berichteten).

Die Bundesärztekammer ist nicht gegen Patientenverfügungen, sie hält allerdings eine gesetzliche Neuregelung für überflüssig.

Foto: Imago

mit Blick auf Patientenverfügungen davor, dass ärztliche Entscheidungen am Sterbebett strafrechtlich sanktioniert werden könnten. Er verwies auf die aktuellen BÄK-Empfehlungen. Dort heißt es: „Ein Arzt kann nicht zu einer seinem Gewissen widersprechenden Behandlung oder bestimmten Maßnahmen gezwungen werden.“

Der CDU-Abgeordnete und Unions-Fraktionsvize Wolfgang Bosbach – er gehört zu den Initia-

toren eines parteiübergreifenden Gesetzentwurfs – glaubt nicht, dass es weitere Bundestags-Beratungen zu Patientenverfügungen noch vor der Sommerpause geben wird. Bosbach räumte ein, er habe „nicht den Glauben, dass mit einer rechtskräftigen Regelung alle Streitfragen geklärt sind“.

Siehe auch Kommentar Seite 2

Papiere der BÄK zu den Themen Sterbebegleitung/Patientenverfügungen: www.baek.de

Kontroverse um die E-Card: Ist Datenschutz garantiert?

Niedergelassene Ärzte sehen die Daten gefährdet

BERLIN (maw). Eine heftige Kontroverse um die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte (E-Card) haben Niedergelassene und IT-Fachleute in der vergangenen Woche in Berlin auf der „IT-Messe & Dialog im Gesundheitswesen“ (ITeG) ausgetragen.

Vor allem das Kostenargument sowie mangelnden Datenschutz führten die E-Card-Gegner ins Feld. Ihre Kontroverse trugen die Niedergelassenen bei einer Diskussion im Anschluss an eine Fortbildungsveranstaltung zum Thema „Praktischer IT-Nutzen für den niedergelassenen Arzt“ aus. Veranstalter war der Verband der Hersteller von IT-Lösungen im Gesundheitswesen (VHitG).

Dabei sprach sich Dr. Siegfried Jedamzik für die Einführung der E-Card aus. Der Allgemeinmediziner betonte, es sei nützlich, dass die Patientendaten über die Karte

für Behandler ständig verfügbar seien. Der Schutz der Daten vor unerlaubtem Zugriff sei durch Maßnahmen, wie die Authentifizierung über den elektronischen Heilberufsausweis, gewährleistet. Jedamzik ist in Ingolstadt, einer der Testregionen für die E-Card, niedergelassen und Geschäftsführer der Baymatik, der Bayerischen Modellregion Telematik.

Gegen Jedamzik wandte sich eine Allgemeinärztin aus Hamburg. Sie bezeichnete unter Beifall vieler Kollegen im Saal grundsätzlich die Einhaltung des Datenschutzes beim Einsatz der E-Card als höchst zweifelhafte, wenn nicht sogar unmögliche Aufgabe. Zudem seien die Kosten für die Einführung der E-Card, die auf jeden Fall im Milliardenbereich lägen, im Hinblick auf den nicht vorhandenen Zusatznutzen der Karte nicht zu rechtfertigen.

Siehe auch Seiten 4 und 18

IQWiG-Bericht zu Anämie kritisiert

WIESBADEN (ple). Hämatologen und Onkologen befürchten, dass bei Patienten mit schwerer aplastischer Anämie die Transplantation von Stammzellen für Kassenpatienten vor dem Ausstehen könnte. Anlass ist der Abschlussbericht des Instituts für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen (IQWiG). Die Deutsche Gesellschaft für Hämatologie und Onkologie beklagt, dass der Bericht ohne mündliche Anhörung vorgelegt worden war. Pro Jahr erkranken etwa 160 Menschen an aplastischer Anämie, darunter bis zu 30 Kinder. Siehe Seite 6 und 13

Gesundheit ohne Grenzen – Ziel der EU

AACHEN (HL). Die Gesundheitsminister der EU wollen klare Regelungen schaffen, unter welchen Bedingungen Bürger medizinische Leistungen im EU-Ausland in Anspruch nehmen können. Bislang mussten sich solche Rechte die Bürger beim Europäischen Gerichtshof erstreiten. Auf der EU-Gesundheitsminister-Konferenz in Aachen wurde nun das Ziel beschlossen, politisch festzulegen, welche Leistungen – nicht nur im Notfall – im Ausland beansprucht werden können. Ärmere Länder fürchten eine Überlastung. Siehe Seite 6